

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Rübshappel und Lirfchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Donnerstag, den 14. Mai

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1908.

Nr. 111.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pf. Einzelne Blätter 10 Pfennige. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Rindowstraße Nr. 5 b, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Aussträger entgegen. Inserate werden die fünfgepaltene Grundzelle mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Retraumzüge 30 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pf. Besondere Anzeigen täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt Lichtenstein Nr. 7.

## Stadtparkasse Callberg

verzinst alle Einlagen mit

3 1/2 %

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewilligten Spar- einlagen werden für den vollen Monat verzinst. Die Kasse expediert an jedem Werktage von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags, Sonntags von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr und behandelt alle Geschäfte streng achseln.

## Die Volksbibliothek zu Hohndorf

ist täglich während der Expeditionszeit des Gemeindeamtes geöffnet und wird zur fleißigen Benutzung angelegentlich empfohlen.

## Holzauktion.

Montag, den 18. Mai von vormittags 9 Uhr an sollen im Gemeindefeld  
135 Stück Nadelholz-Stämme v. 10-37 cm Mittend. m. 23,23 fm  
38 Stangen 10-12 " " " " " "  
10 Nm. Rollen, 51 Langhauen Laubholz-Reisig und  
32 Langhauen Nadelholz-Reisig gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Zusammenkunft am Auktionsort.

Hohndorf, am 13. Mai 1908.

Der Gemeinderat.  
Schaufel. Gem.-Vorst.

## Das Wichtigste.

\* Der Bundesrat stimmte der Münznovelle in der vom Reichstage beschlossenen Form und damit auch der Wiederausprägung von Dreimarkstücken zu.

\* Die beiden Häuser des preussischen Landtages sollen nach den Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus auf den 26. Juni zur Konstituierung einberufen werden.

\* Die sächsische Wahlrechts-Deputation nahm gestern den Kompromissvorschlag mit allen gegen vier Stimmen an.

\* In Schwerin wurde ein außerordentlicher Landtag der medienburgischen Großherzogtümer vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit einer Thronrede eröffnet, in welcher der Erlaß einer konstitutionellen Verfassung angekündigt wurde.

\* Privatnachrichten zufolge, die uns aus Tiflis zugegangen sind, ist die Lage an der kaukasischen Grenze bedrohlicher, als die russische und die türkische Regierung bisher zugegeben haben. Es wird auf beiden Seiten fieberhaft gerüstet.

## Zur Wahlrechtsreform.

Die Erklärung, die der Herr Staatsminister Dr. Graf von Hohenhausen und Bergen in der außerordentlichen Deputation der Zweiten Ständekammer zur Beratung der Wahlrechtsreform am Montag abgegeben hat, hatte folgenden Wortlaut:

„Meine Herren! Lieber den Verlauf der letzten Sitzung und insbesondere über die dabei eingenommene Stellung der königlichen Staatsregierung sind Berichte in die Zeitungen gelangt, die ein völlig falsches Bild von der Situation geben. Nach diesen Berichten soll die Regierung — nach anfänglich ablehrender Haltung — dem in Aussicht gestellten sogenannten Kompromiß schon so gut wie zugestimmt haben. Ich stelle fest, daß ich lediglich erklärt habe: „Sollte das Kompromiß, das ich offiziell noch nicht kenne, etwas wirklich Besseres als die Regierungsvorlage bringen, so würde die Regierung — aber eben nur unter dieser Voraussetzung — auf der Regierungsvorlage nicht weiter bestehen.“ Weiter, meine Herren, wird es so dargestellt, als ob sich die Regierung bei der Beurteilung der Stimmung im Lande lediglich auf die Versammlungen der Mittelstandsvereinigungen stütze. Ich stelle hierzu ausdrücklich fest: Ich habe schon in der letzten Sitzung ausgeführt, daß die Regierung denn doch auch ihre eigenen Augen und Organe draußen im Lande hat und daß danach im großen und ganzen die Stimmung für die abgeänderte Regierungsvorlage besser ist als zum Beispiel für das durch das angebliche Kompromiß in Aussicht gestellte ausgearbeitete Plural-System. Endlich aber, meine Herren, gewinnt es nach jenen Berichten den Anschein, als ob der Regierung bei der Schaffung eines neuen Wahlrechts einzig und allein das Rechenexempel als Richt-

schnur diene, wieviel Sozialdemokraten in die Kammer kommen, so daß also auch ein etwaiges Pluralwahlrecht lediglich aus diesem Gesichtspunkte von seiten der Regierung zu beurteilen sein würde. Meine Herren! Wenn das richtig wäre, so bräuchten wir überhaupt kein neues Wahlrecht, da ja das alte Wahlrecht dieses Erfordernis in reichstem Maße erfüllte. Nein, meine Herren, ich kann nur das wiederholen, was der Regierung in der Wahlrechtsfrage von Anfang an vorgeschwebt hat und was ich oft genug betont habe: Der erste und vornehmste Gesichtspunkt in der vorliegenden Frage ist der, das Vertrauen des Volkes zu stärken und zu allererst unter diesem Gesichtswinkel ist ein neues Wahlrecht zu beurteilen. Wohl ist hierbei im Interesse des Staates und des wohlgeordneten Teiles der Bürger zu verhüten, daß staatsfeindliche Elemente die Oberhand gewinnen, dieser Gesichtspunkt kann aber niemals allein und an erster Stelle bei der Beurteilung eines Wahlrechtes maßgebend sein. Meine Herren! Die Regierung ist sich wohl bewußt, daß auch der Regierungsvorlage — wie jedem Menschentum — Mängel und Schwächen anhaften; von allen Vorschlägen aber, die nun in jahrzehntelanger Arbeit gemacht worden sind, bietet die Regierungsvorlage insbesondere hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit nach dem Urteile zahlreicher hervorragender Männer der Praxis und Theorie den gangbarsten Ausweg.“

In der Dienstagabend 7 Uhr nach Beendigung einer mehr als achtstündigen Plenarsitzung stattgefundenen Sitzung der Wahlrechtsdeputation gelangten die Abänderungsvorschläge zur Vorlage, die der Abgeordnete Dietner (nationalliberal) ausgearbeitet beantragt worden war. Es handelte sich hierbei darum, die Regierungsvorlage nach Ablehnung der Wahl durch kommunale Verbände und der Verhältnismäßigkeit so umzuarbeiten, daß sie dem Kompromißantrage der 66 Abgeordneten entspreche. Um den Abgeordneten Zeit und Gelegenheit zu geben, diese Umänderungsvorschläge für die in Frage kommenden Paragraphen der Regierungsvorlage genauer zu prüfen, als es bei der eben erst erfolgten Vorlage dieser Vorschläge möglich war, wurde eine anderweitige Sitzung für Mittwoch nachmittags 4 Uhr anberaumt. Der Kompromißantrag wurde von sämtlichen Mitgliedern der außerordentlichen Deputation mit Ausnahme der Abgeordneten Flug (nationalliberal), Dr. Joepfel (nationalliberal), Bär (freiwirtschaftliche Volkspartei) und Wölsch (Sozialdemokrat), die dagegen stimmten, und des Abgeordneten Ulrich, der sich der Abstimmung in Abwesenheit seiner achtzigsten Erklärung enthielt, also gegen vier Stimmen angenommen. Morgen wird also dann die Deputation in der Einzelberatung über die Einarbeitung des Kompromißantrages in die Regierungsvorlage eintreten.

## Deutsches Reich.

**Dresden.** Prinz Max von Sachsen, der Bruder des Königs Friedrich August, ist in Freiburg an Nervenleiden erkrankt. Einzelheiten über das Ergehen des Prinzen sind selbst an zuständiger Stelle noch nicht bekannt.

(Landtag.) Die Erste Kammer des sächsischen Landtages erteilte gestern dem Beizegentwurf gegen die Verunstaltung von Stadt und Land ihre Zustimmung. Die Zweite Kammer bewilligte nach ausgedehnten und zum Teil sehr lebhaften Erörterungen die Etats der Kreis- und Amtshauptmannschaften, sowie der landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelschulen.

(Die Beamtenbeholdungsvorlage), die den sächsischen Ständekammern als Dekret Nr. 46 zugegangen ist, sieht fast durchgängig das Dienstaltersstufen-system vor und teilt die nach dem Dienstalter auf-rückenden Beamten in 60 Befoldungsgruppen. Der Mehraufwand der Befoldungen für die Staatsdiener usw. berechnet sich auf jährlich 8 690 265 Mark; dazu kommen noch 60 000 Mark für die Zivilliste, 700 000 Mark für die Erhöhung der Bezüge der Volksschullehrer, 500 000 Mark für die Erhöhung der Bezüge der Geistlichen, 2 Millionen für die Erhöhung der Pensionen und eine Million für die Erhöhung der Arbeiterlöhne, so daß sich ohne Berücksichtigung des Anwachsens der Pensionisten eine Gesamt-mehrbelastung der Staatskasse von 12 939 265 Mark herausstellen wird. In der dem Dekret beigegebenen Denkschrift heißt es: Dieser später noch steigende Mehraufwand wird nur zu bestreiten sein, wenn dem Staat die Mehreinnahmen aus der der Ständeversammlung gleichzeitig mit der Befoldungs-ordnung zugehenden Stempelsteuervorlage zur Verfügung stehen. Von diesem Gesichtspunkte bilden die Befoldungsvorlage und die Stempelsteuervorlage ein einheitliches Ganzes. Ebenso setzte die Regierung in Uebereinkunft mit ihren bisherigen Erklärungen voraus, daß der geltende Tarif des Einkommensteuergesetzes ohne Zeitbeschränkung und ohne sonstige Abschwächung der geltenden Gesetzesvorschriften verlängert wird. Die Denkschrift verbreitet sich dann noch über die Grundzüge für das zukünftige Aussehen der unter das Dienstaltersstufen-system fallenden Beamten.

**Berlin.** (Sentimentalität und Rechtsgefühl.) Die N. N. C. schreibt: Fürst Philipp zu Eulenburg weilt seit einigen Tagen als Untersuchungsgefangener, der körperlich leidend ist, in der Charité. Und nun begibt sich etwas, was auf den ersten Blick schwer faßbar ist; was nur verständlich wird, als die reife Frucht einer durch viele Monate irregulierten öffentlichen Meinung. Eine weiche Rührseligkeit ist im Aufkommen, für die die Begriffe gut und böse gar nicht mehr zu erklären scheinen. Was Sid, was Weineid! Man sieht nur noch den Mann, wie es mit schleimiger Sentimentalität im Berliner Tageblatt heißt, dessen Blick zu sagen pflegte: „Was kann ich für Sie tun?“ und man empört sich an Stammtischen und auf allen gebildeten Zeitungs-papieren über den anderen, der den Fürsten Philipp zu Eulenburg in diese Zwangslage hinein gekehrt hätte. Demgegenüber scheint es uns doch nützlich, an den wirklichen Verlauf der Dinge zu erinnern. Schon um unserer schwer mißhandelten öffentlichen Sittlichkeit willen. Schon, damit deutschem Rechtsinn und deutscher Rechtlichkeit von Männern, die in ihrer Wesensart auch nicht einen Zug von Deutschheit mehr aufweisen, von ihnen oder durch sie und

ands.  
usw.  
Dratorien-  
theater in  
en Musik-  
Vorverkauf  
geladen.  
at  
rt  
ie  
nd  
-  
r-  
ie  
nt  
a-  
her  
binderei.  
amen  
casen  
empfehlen  
n n.  
erschied  
g unser  
er,  
T,  
men.  
n findet  
haussung  
k.  
nvergers-  
Vogel,  
uns wäh-  
sse in so  
rt haben,  
Beson-  
rostrichen  
en Turn-  
eitang bei  
sein.  
a u, den  
nnhold  
stern.